

# Sanktionen

Seit Veröffentlichung des achten Sanktionspakets der EU gibt es insbesondere in drei Bereichen zu klärende Fragen. Dies bestätigte auch die jüngste Abstimmungsrunde zu den EU-Sanktionen mit den drei zuständigen Bundesministerien (AA, BMWK, BMF) am Mittwoch. Unklar ist beispielsweise, wie der Import von Produkten etwa im Stahlbereich verhindert werden kann, wenn diese Vorprodukte aus Russland enthalten. Eine Kontrolle ist komplex und wird durch die Tatsache zusätzlich erschwert, dass die Türkei, die selbst keine Russland-Sanktionen eingeführt hat, Mitglied in einer Zollunion mit der EU ist. Die EU hat deshalb lange Übergangsfristen bis 2024 vorgesehen, während derer die genauen Prüfpflichten noch geklärt werden sollen.



Offene Fragen gibt es außerdem bezüglich des Beratungsverbots für russische Unternehmen. Hier melden Juristen Bedenken an und sehen sogar Grundrechte gefährdet (siehe Update). Und schließlich steht die Ausgestaltung des geplanten Preisdeckels auf verschifftes, russisches Öl noch aus. Hier sollen die Modalitäten bis Mitte November in einer Koalition der G7-Länder und Australien ausgearbeitet werden. Die Preisobergrenze soll dann ab 5. Dezember greifen.

Die weiteren Entwicklungen dieser Woche haben wir wieder im Update zusammengefasst. Insbesondere Hinweisen möchten wir Sie auf vielfältige Möglichkeiten und Termine, sich an der Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft und dem Wiederaufbau zu beteiligen.

Hier die Themen in der Übersicht:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)

## 1. Ost-Ausschuss

---

### Handelszahlen für Januar bis August 2022

Der Ost-Ausschuss hat auf Basis der Daten des Statistischen Bundesamts die aktuellen Handelsergebnisse für 29 Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa für die ersten acht Monate 2022 berechnet. Der deutsch-ukrainische Handel sank im Zeitraum um 10 Prozent, wobei der Import aus der Ukraine um rund 3 Prozent sank, die deutschen Exporte dagegen um 14 Prozent zurückgingen. Bei Russland ergibt sich eine Zweiteilung: Während die deutschen Exporte um 40 Prozent einbrachen, stiegen die Importe aus Russland aufgrund der hohen Energiepreise um 40 Prozent. Hier die aktuelle Handelstabelle:

[Deutscher Osthandel Jan-Aug 2022.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

-----

### Interview zum Wiederaufbaudossier „Rebuild Ukraine“

Im Interview mit WDR5 nahm Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms Stellung zu Konzepten des Ost-Ausschusses für den Wiederaufbau der Ukraine. Hier das Interview zum Nachhören:

<https://bit.ly/3s98GaK>

-----

### Neu: Ost-Ausschuss Update zum Wiederaufbau in der Ukraine

Die deutsche Wirtschaft engagiert sich in der akuten Ukraine-Nothilfe und arbeitet gleichzeitig an Konzepten für den Wiederaufbau. Mit dem neuen Update „Recovery Ukraine“, das sich an interessierte Unternehmen, Verbände und Medien richtet, wird der Ost-Ausschuss zusammen mit Partnerorganisationen ab sofort ein bis zweimal monatlich über alle Themen rund um den Wiederaufbau der Ukraine, Hilfsaktionen und konjunkturelle Entwicklungen mit Ukraine-Bezug informieren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie das Update insbesondere unter Unternehmen weiter bekannt machen könnten.

Bei Fragen, Anregungen und Interesse an einem kostenlosen Abonnement wenden Sie sich im Ost-Ausschuss bitte an: Alena Akulich, [a.akulich@oa-ev.de](mailto:a.akulich@oa-ev.de); +49 30 206 167 129

Das erste Update sowie Informationen zum Service Desk Ukraine im Ost-Ausschuss und zu Konzepten für den Wiederaufbau finden Sie hier: [Service Desk Ukraine | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

-----

## Wiederaufbau im ukrainischen Gesundheitssektor - Umfrage

Anlässlich des **5. German – East European & CIS Health Forums in Berlin** am 14. Oktober beschrieben Experten aus der Ukraine den Zustand des Gesundheitssystems und warben um deutsche Unterstützung. Den Bericht zur Konferenz und die wichtigsten Präsentationen finden Sie hier:

[Ukrainisches Gesundheitssystem trotz dem russischen Krieg | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Umfrage: Wir möchten Sie dazu einladen, konkrete Lösungen und Produkte für den weiteren Austausch mit den relevanten Akteuren in Deutschland, der EU und der Ukraine im Rahmen des Recovery-Prozesses im Gesundheitssektor zu teilen. Bitte füllen Sie unsere kurze Umfrage aus:

[Rebuild Ukraine | Proposals for reconstruction of the Ukrainian health sector \(office.com\)](#)

-----

## Live-Stream zum Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum am 24. Oktober

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und die der Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) organisieren gemeinsam mit ukrainischen Partnerorganisationen am 24. Oktober 2022 das 5. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Von Seiten der Bundesregierung werden unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck vertreten sein, aus der Ukraine reist unter anderem Premierminister Schmyhal an. Plätze für eine Teilnahme vor Ort gibt es inzwischen keine mehr, die Konferenz kann aber im Live-Stream verfolgt werden:

[German-Ukrainian Business Forum \(geruabizforum.com\)](#)

-----

## 26. Oktober: Online-Austausch zum Thema „Recovery Ukraine: Energy & Electricity Sector“

Im Zuge des russischen Angriffskriegs und insbesondere in den letzten Wochen wurden ca. 30 Prozent der ukrainischen zivilen und kritischen Energieinfrastruktur (Wärme- und Wasserversorgung). Vor diesem Hintergrund organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft am **26. Oktober von 9:00 bis 10:30 Uhr (MEZ)** einen **Online-Austausch** zum Thema „**Recovery Ukraine: Energy & Electricity Sector**“ mit **Vertretern vom ukrainischen Energieministerium und -unternehmen**, zu welchem wir Sie hiermit herzlich einladen möchten.

Das Ziel dieser Veranstaltung besteht darin, deutsche Unternehmensvertreter, Experten und Multiplikatoren im Energie-Bereich und das ukrainische Energieministerium, den ukrainischen Energiekonzern DTEK sowie Energy Community zusammenzubringen, um zum einen über die aktuelle Situation und die Bedürfnisse im Energiesektor der Ukraine zu informieren, zum anderen, um über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu diskutieren. Die Arbeitssprache der Veranstaltung ist Englisch.

Gern können Sie diese Einladung an weitere interessierte Unternehmen/ Organisationen weiterleiten, eine Anmeldung ist bis zum 24. Oktober unter [www.oa-event.de](http://www.oa-event.de) mit dem Login-Code **ENERGY\_UKR\_261022** möglich.

Bei Fragen zu diesem Austausch steht Ihnen Projektmanagerin Service Desk Ukraine Alena Akulich (unter Tel: +49 30 206 167 129 und E-Mail: [A.Akulich@oa-ev.de](mailto:A.Akulich@oa-ev.de)) gern zur Verfügung.

-----

### **27. Oktober: "Proposals from German businesses for the Reconstruction of Ukraine" (online)**

Die European Business Association on Ukraine (EBA), die größte Vereinigung internationaler und ukrainischer Unternehmen, beschäftigt sich aktiv mit den Fragen des Wiederaufbaus in der Ukraine und hat ein spezielles Komitee ins Leben gerufen - Ukraine Recovery Committee. Dieses Komitee vereint ukrainische Unternehmen, die sich am Wiederaufbau des Landes in all seinen Erscheinungsformen beteiligen wollen.

Der Ost-Ausschuss und die EBA organisieren gemeinsam **am Donnerstag, den 27.10. von 12:00 bis 13:30 Uhr (MEZ) eine Online-Austauschrunde via Zoom zum Thema "Proposals from German businesses for the Reconstruction of Ukraine".**

Im Fokus der Diskussion werden die Vorschläge deutscher Unternehmen für den Wiederaufbau und die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft, Prioritäten und Hauptrisiken sowie mögliche Optionen für Kooperationen zwischen ukrainischen und deutschen Unternehmen stehen. Als eine Diskussionsgrundlage wird u.a. das aktuelle OA-Dossier [Rebuild Ukraine. Proposals of the German business community for the reconstruction and modernization of the Ukrainian economy](#) dienen.

Außerdem bietet die EAB zusätzlich ein **B2B-Matching** an - eine Gelegenheit für ukrainische und deutsche Unternehmen, sich kennenzulernen und zu vernetzen. Wenn Sie am B2B-Matching teilnehmen möchten, füllen Sie bitte [dieses Formular](#) aus. Die Anmeldung zur Veranstaltung läuft elektronisch hier: [REGISTRATION](#).

Die Arbeitssprache ist Englisch. Ein Zoom-Link wird an die registrierten Teilnehmer zugeschickt. Bei Fragen zu diesem Austausch steht Ihnen Projektmanagerin Service Desk Ukraine Alena Akulich (unter Tel: +49 30 206 167 129 und E-Mail: [A.Akulich@oa-ev.de](mailto:A.Akulich@oa-ev.de)) gern zur Verfügung.

## 2. Deutschland

---

### **Referentenentwurf des BMF und BMWK für ein Zweites Gesetz zur effektiveren Durchsetzung von Sanktionen (Sanktionsdurchsetzungsgesetz II)**

Der derzeit zur Diskussion stehende Entwurf zielt auf strukturelle Verbesserungen bei der Sanktionsdurchsetzung und bei der Bekämpfung von Geldwäsche in Deutschland. Aufgrund der europarechtlich vorgegebenen Fristen muss das Gesetz zum 1. Januar 2023 in Kraft treten. Es wird angestrebt, das Bundeskabinett am 26. Oktober 2022 mit dem Gesetzentwurf zu befassen.

Unter anderem geht es bei dem Gesetz um folgende Punkte:

- Schaffung einer Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung auf Bundesebene. Diese Zentralstelle soll im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen angesiedelt werden
- Schaffung eines Verwaltungsverfahrens zur Ermittlung von Vermögen sanktionierter Personen und Personengesellschaften sowie eines korrespondierenden Registers
- Einrichtung einer Hinweisannahmestelle
- Bestellung eines Sonderbeauftragten zur Überwachung der Einhaltung von Sanktionen in Unternehmen
- Transparenzmeldungen durch die Notare
- Verknüpfung von Immobiliendaten mit dem Transparenzregister
- Mitteilungspflicht von Vereinigungen mit Sitz im Ausland, die Immobilieneigentum in der Bundesrepublik Deutschland halten (auch Bestandsfälle)
- Einführung eines Barzahlungsverbotes bei Immobilientransaktionen
- Maßnahmen gegen Vermögensverschleierungen
- Maßnahmenpaket zur Geldwäschebekämpfung

-----

### **FAQ des Bundeswirtschaftsministeriums zu Sanktionen**

Das Bundeswirtschaftsministerium hat am 27. September seinen FAQ-Katalog zu den Russland-Sanktionen ergänzt. Die aktuelle Fassung finden Sie unter diesem Link:

[BMWK - Fragen und Antworten zu Russland-Sanktionen](#)

## 3. Europäische Union

---

### **EU berät über Lösungen für Energiekrise – gemeinsamer Krisenfonds?**

Die EU-Staats- und Regierungschefs beraten Donnerstag und Freitag in Brüssel erneut Maßnahmen gegen die explodierenden Energiepreise in Europa. Nach Angaben der österreichischen Nachrichtenagentur APA liegt dabei ein Paket der EU-Kommission auf dem Tisch, das gemeinsame Gaseinkäufe sowie finanzielle Entlastungen für Unternehmen und Bürger vorsieht. Zu dem von vielen EU-Staaten geforderten Gaspreisdeckel gibt es demnach aber keinen konkreten Vorschlag.

Auch schlug die EU-Kommission vor, 40 Milliarden Euro aus dem Gemeinschaftsbudget für Entlastungen von Unternehmen und Bürgern umzuwidmen. Ein Gaspreisdeckel solle unterdessen nur im Notfall zur Anwendung kommen: Die Brüsseler Behörde stellte lediglich in Aussicht, dass im Fall extremer Preise als letztes Mittel ein „dynamischer“ Preisdeckel am Gaspreisindex des Großhandelsplatzes TTF vorgeschlagen werden könnte.

-----

### **Vorstöße für weiteres EU-Sanktionspaket**

Eine Gruppe östlicher EU-Länder – darunter die Baltischen Staaten und Polen - will Russland nach einer Reihe von Drohnenangriffen auf die Ukraine mit weiteren Sanktionen belegen. Dies will Politico erfahren haben. Demnach sollen Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr von Flüssiggasprodukten und die Kontrolle weiterer russischer Banken vorgeschlagen worden sein. In den EU-Hauptstädten sei man besorgt, dass Kiew, obwohl die ukrainischen Truppen in letzter Zeit im Osten und Süden des Landes Gebiete zurückerobert haben, den Wirtschaftskrieg gegen den größeren östlichen Nachbarn verliert. Angesichts der Tatsache, dass Russland neue Truppen mobilisiert und Schwärme von Drohnen aus iranischer Produktion auf Städte und Kraftwerke schickt, wachsen die Zweifel, ob die ukrainische Wirtschaft und Bevölkerung den kommenden Winter überstehen können. Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärte am Dienstag gegenüber der ukrainischen Bevölkerung, dass die russischen Angriffe 30 Prozent der ukrainischen Kraftwerke zerstört haben.

### [EU hawks demand new Russia sanctions – POLITICO](#)

-----

### **EU-Sanktionen: Beratungsverbot sorgt für Kritik**

Laut Berichten der FAZ und des österreichischen „Standard“ sorgt das 8. Sanktionspaket der EU für Aufsehen unter Juristen. Demnach ist es untersagt, „unmittelbar oder mittelbar Dienstleistungen in den Bereichen Architektur und Ingenieurwesen, Rechtsberatung und IT-Beratung“ für russische Unternehmen zu erbringen. Diese neue Verordnung verbietet es auch, die russische Regierung oder russische Unternehmen „unmittelbar oder mittelbar“ zu beraten. Ausgeschlossen sind also auch Dienstleistungen wie die Beratung von russischen Anwälten, die wiederum russische Unternehmen vertreten.

Die entsprechenden Paragraphen enthalten jedoch auch Ausnahmen. Ob diese ausreichend sind, darüber wird gestritten. Unter anderem bleibt zum Beispiel die Beratung von russischen Privatpersonen weiter erlaubt. Bestimmte Tätigkeiten können genehmigt werden, wenn sie humanitären oder diplomatischen Zwecken dienen. Ausgenommen seien zudem die Beratung bei der Beendigung von Verträgen und die Vertretung in „streitigen“ Angelegenheiten. Gemeint sind damit Verfahren vor staatlichen Gerichten, privaten Schiedsgerichten oder Verwaltungsbehörden.

Aus Sicht von Marc Lager, Rechtsanwalt und Partner bei DLA Piper, haben die Sanktionen gegen Russland laut Standard eine neue Qualität erreicht. „Faktisch wird dadurch der Zugang russischer Unternehmen zum europäischen Markt massiv erschwert“, sagt Lager. Das Beratungsverbot habe Auswirkungen auf sämtliche Geschäfte zwischen Russland und der EU.

Die neue Verordnung lasse etwa den Schluss zu, dass auch die sogenannte Compliance-Beratung verboten ist – also die vorgelagerte Beratung darüber, ob ein Geschäft unter das Sanktionsregime fällt oder nicht. Ein solches Verbot wäre eine „unzulässige Einschränkung der Justizgrundrechte“, kritisiert der österreichische Anwaltspräsident Armenak Utudjian. Die Verordnung müsse neu formuliert werden, weil die FAQs, die die EU-Kommission bereitstellt, rechtlich nicht bindend sind.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt der Kommentator der FAZ Martin Thelen. Er schildert den Fall eines deutschen Tochterunternehmens aus dem Stahlsektor, das nun weder Lieferungen seiner russischen Mutter mehr erhalte, aber aufgrund des Beratungsverbots nun auch nicht mehr innerhalb der EU weiterverkauft werden können und daher vor der Insolvenz stehe. 200 Arbeitsplätze seien in Gefahr. „Die Rechtsberatung wurde damit mal eben, von einem Tag auf den anderen, verboten“, behauptet Thelen. „Es steht außer Frage, dass entschlossen auf die Scheinreferenden in den von Russland besetzten ukrainischen Gebieten reagiert werden musste. Gleichzeitig wäre aber gerade jetzt der Rechtsstaat zu stärken gewesen. Die EU macht das Gegenteil.“

#### [Die EU verbietet mal eben die Rechtsberatung \(faz.net\)](#)

Nach der Kritik der Anwaltschaft habe das deutsche Justizministerium vergangene Woche betont, dass es sich auf EU-Ebene gegen das Verbot eingesetzt habe, seinen Standpunkt jedoch nicht durchsetzen konnte. Das österreichische Ministerium hält den Kompromiss angesichts der Ausnahmen hingegen für „vertretbar“, heißt es auf Standard-Anfrage.

#### [Beratungsverbot: Anwaltschaft übt scharfe Kritik an neuen Russland-Sanktionen - Recht - derStandard.de > Wissen und Gesellschaft](#)

-----

### **EU-Angaben zu Sanktionsumgehung**

In einer Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage, hat der Hohe Kommissar für EU-Außenpolitik Josep Borrell im Namen der Europäischen Kommission folgende Angaben zu Sanktionen und möglichen Umgehungen gemacht:

- Restriktive Maßnahmen (Sanktionen) der EU sind nicht rückwirkend. Daher stellt die Tatsache, dass eine Person das Eigentum an einem Vermögenswert auf eine dritte Person übertragen hat, bevor sie in die Liste der EU-Sanktionen aufgenommen wurde, an sich keinen Verstoß gegen diese Maßnahmen dar.
- Behält die Person jedoch nach dem Inkrafttreten der Auflistung (in diesem Fall am 25. Juli 2014) die Kontrolle über den Vermögenswert, müssen Personen, die der Rechtsprechung der EU unterliegen, diesen als eingefroren behandeln. Gleichzeitig ist es verboten, einer gelisteten Person Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- Darüber hinaus enthalten die EU-Sanktionsverordnungen eine Umgehungsklausel, die es Personen, die der Gerichtsbarkeit der EU unterstehen, untersagt, sich wissentlich und absichtlich an Aktivitäten zu beteiligen, deren Ziel oder Wirkung die Umgehung der Sanktionen ist.
- Wenn ein bestimmtes System geschaffen wurde, um einer Person dabei zu helfen, die Auswirkungen ihrer möglichen künftigen Aufnahme in die Liste zu umgehen, kann die Beteiligung an diesem System nach Inkrafttreten der Liste nach Ansicht der Kommission eine Umgehung darstellen.
- Die Hauptverantwortung für die ordnungsgemäße Um- und Durchsetzung von EU-Sanktionen liegt bei den Mitgliedstaaten, und zwar über ihre zuständigen nationalen Behörden. In ihrer Rolle als Hüterin der Verträge sorgt die Kommission für eine einheitliche Umsetzung in der gesamten EU und überwacht auch die Durchsetzung.
- Die Kommission hat sich in ihrer Mitteilung vom 19. Januar 2021 klar dazu verpflichtet, ihre Bemühungen zu verstärken und die Um- und Durchsetzung von EU-Sanktionen in den Mitgliedstaaten zu verbessern.
- Im Rahmen dieser Bemühungen wird die Kommission eine Überprüfung der Praktiken durchführen, mit denen versucht wird, Sanktionen zu umgehen und zu untergraben.

[Parliamentary question | Answer for question E-002961/22 | E-002961/2022\(ASW\) | European Parliament \(europa.eu\)](#)

-----

### **Orban führt Volksbefragung zu Russland-Sanktionen durch**

Die ungarische Regierung vom Premier Viktor Orbán hat die Fragen der angekündigten „nationale Konsultation“ zu den EU-Russland-Sanktionen veröffentlicht, berichtet die österreichische Nachrichtenagentur APA. Die Bürger werden per Fragebogen befragt, ob sie einverstanden sind mit den EU-Sanktionen gegen Russland hinsichtlich Energieträgern, Rohstoffen und nuklearen Brennstäben. Die unverbindliche Volksbefragung bezieht sich zudem auf die Erweiterung des ungarischen AKW Paks oder



auf eine Sanktionspolitik, die den Tourismus einschränkt. Im Zusammenhang mit den Lebensmittelpreisen wird die Frage gestellt: Sind Sie einverstanden mit den die Lebensmittelpreise erhöhenden Sanktionen?

Ungarn hatte sich auf EU-Ebene bereits Ausnahmen bei den Sanktionen im Ölsektor erstritten und zuletzt einen Vertrag mit Gasprom zur weiteren Lieferung von Erdgas über die Pipeline Turk Stream geschlossen. Bereits 2014 war ein Vertrag zum Bau zweier neuer Reaktoren in Paks mit der russischen staatlichen Atombehörde Rosatom abgeschlossen worden, der fortgesetzt werden soll. Russland finanziert den Löwenanteil des Projekts über ein Darlehen an Ungarn in Höhe von 10 Milliarden Euro. Budapest übernimmt die restlichen 2,5 Milliarden Euro.

Ungarns Regierung lässt laut APA immer wieder „nationale Konsultationen“ - eine Art Umfrage, bei der per Brief oder online abgestimmt werden kann - durchführen, um ihre Politik bestätigen zu lassen. Beobachter kritisieren die Fragen, die an die Bevölkerung verschickt werden, seit Jahren als suggestiv, manipulativ beziehungsweise irreführend. Die Ergebnisse dieser Befragungen haben keine juristisch verbindlichen Folgen. Laut dem Onlineportal "hvg.hu" seien auch bei dieser Konsultation Fragen formuliert worden, auf die praktisch nur die Regierung begünstigende Antworten gegeben werden könnten. Orbán hatte die Ansetzung der Konsultation Ende September folgendermaßen begründet: „Die Sanktionen wurden nicht auf demokratische Weise beschlossen, sondern Brüsseler Bürokraten und europäische Eliten haben darüber entschieden.“ Tatsächlich aber hatte Ungarn bisher allen EU-Sanktionspaketen gegen Russland zugestimmt. Sanktionen können nur mit einem einstimmigen Votum aller EU-Mitgliedstaaten eingeführt und verlängert werden.

-----

### **Finnland plant Grenzzaun zu Russland**

Medienberichten zufolge plant Finnland an der Grenze zu Russland einen mehr als 130 Kilometer langen Grenzzaun. Alle im Parlament vertretenen Parteien hätten dafür ihre Unterstützung ausgesprochen, teilte Ministerpräsidentin Sanna Marin nach einem Treffen der Parteispitzen in Helsinki mit. „Es geht darum, sicherzustellen, dass die Grenze gut kontrolliert ist“, sagte die Regierungschefin dem Sender Yle. „Und dass wir die Situationen, die an der Grenze entstehen könnten, präventiv beeinflussen können.“

Nach einem Vorschlag des finnischen Grenzschutzes soll der Zaun eine Länge von 130 bis 260 Kilometern haben. Insgesamt ist die Grenze zwischen beiden Staaten mehr als 1300 Kilometer lang. Die Regierung werde nun Vorschläge für ein Pilotprojekt ausarbeiten, kündigte Marin nach den Beratungen weiter an. Darüber soll das Parlament noch in diesem Jahr abstimmen.

[Ankündigung von Ministerpräsidentin Sanna Marin: Finnland will Grenzzaun zu Russland bauen - DER SPIEGEL](#)

-----

## **Niederlande setzen Patente russischer Ölgesellschaften aus**

Die Niederlande haben im Zusammenhang mit den EU-Sanktionen sechs Patente von Gazprom, Rosneft und Transneft eingefroren. Die Patente schützen seismische Sensoren, Gasturbinenkonzepte und andere Erfindungen.

[www.rbc.ru/business/14/10/2022/634950029a79475544f9d1a2](http://www.rbc.ru/business/14/10/2022/634950029a79475544f9d1a2)

-----

## **Auswirkungen der Sanktionen auf Russland**

Die EU hat einige Infografiken zusammengestellt, die die Auswirkungen der EU-Sanktionen auf Russland illustrieren sollen:

[Auswirkungen der Sanktionen auf die russische Wirtschaft - Consilium \(europa.eu\)](https://europa.eu/press-room/en/infographic-impacts-sanctions-russia)

-----

## **Aktualisierung der FAQ zu EU-Sanktionen**

Nach der Verhängung eines Transaktionsverbots für das russische Seeschiffregister gemäß Artikel 5aa der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates hat die EU-Kommission ihre FAQs zu den Russland-Sanktionen gegen staatliche Unternehmen aktualisiert (siehe vorherigen Beitrag). Fünf FAQs wurden hinzugefügt:

[State-owned enterprises related provision: article 5aa of council regulation 833/2014 - Frequently asked questions – as of 18 October 2022 \(europa.eu\)](https://europa.eu/press-room/en/faq-state-owned-enterprises-related-provision-article-5aa-council-regulation-833-2014-frequently-asked-questions-as-of-18-october-2022)

-----

## **EU-Informationen zu Russland-Sanktionen**

Alle EU-Sanktionsentwicklungen in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](https://europa.eu/press-room/en/sanctions-adopted-following-russia-s-military-aggression-against-ukraine)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](https://europa.eu/press-room/en/eu-sanctions-map)

## 4. Russland

---

### Neues Dekret: Stärkere Kontrolle ausländischer Finanzinvestoren

Der russische Präsident Wladimir Putin hat laut einem Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Wedomosti ein Dekret unterzeichnet, das vorsieht, dass Transaktionen von Personen aus den so genannten „unfreundlichen Staaten“, die mehr als ein Prozent an Aktien bzw. Anteilen an russischen Finanzinstituten halten, auf Grundlage einer von der Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in Russland erteilten Genehmigung durchgeführt werden müssen. Ausgenommen von der Neuregelung sind jene Banken, denen bis Ende 2022 jegliche Aktientransfers für Gebietsfremde aus den sogenannten unfreundlichen Ländern ohne besondere Genehmigung des Präsidenten per Dekret vom 5. August vorübergehend untersagt sind. Die Liste dieser Banken wurden bislang nicht veröffentlicht.

Hier der Link zum Dekret (auf Russisch):

[Указ Президента Российской Федерации от 15.10.2022 № 737 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Außerdem ermächtigte der Präsident die russische Zentralbank, Genehmigungen für die Ausfuhr von Devisen im Wert von mehr als 10.000 Dollar aus der Russischen Föderation zu erteilen.

Devisenbeschränkungen gegen eine Reihe ausländischer Banken seien hingegen aufgehoben worden, darunter die Neue Entwicklungsbank (NDB, gegründet von den BRICS-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika), die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), die Internationale Investitionsbank (IIB), die Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBEC) und der Russisch-Kirgisische Entwicklungsfonds.

[Указ Президента Российской Федерации от 15.10.2022 № 738 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](#)

Bericht von Wedomosti:

[Власти России обязали недружественных нерезидентов согласовывать сделки с правкомиссией - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

-----

### Dekret: Zwangsentziehung von Exxon

Der Kreml hat laut einem Bericht von Dowjones den US-Ölkonzern ExxonMobil aus dem russischen Öl- und Gasprojekt Sakhalin-1 gedrängt. Wie der Konzern mitteilte, wurde der Anteil des US-Konzerns an dem Projekt im Osten Russlands an ein russisches Unternehmen übertragen.

Die Regierung in Moskau hatte Exxons Versuche, seinen 30-Prozent-Anteil an Sachalin-1 zu verkaufen und die Betriebsführerschaft abzugeben, monatelang blockiert. Nun wurde per Dekret Exxons Anteil komplett getilgt. Das Dekret von Präsident Wladimir Putin besagt, dass Exxons Anteil an ein neu gegründetes russisches Unternehmen übergeht und dass Exxon und andere ausländische Sachalin-Partner das Recht haben, sich um die Eigentümerschaft an dem neuen Unternehmen zu bewerben. Exxon signalisierte, dies nicht in Anspruch zu nehmen.

Der Konzern sprach von einer Zwangsenteignung. Vom Kreml gibt es keine Signale, Exxon für den Schritt zu bezahlen. Der Konzern hat zwar rechtliche Handhabe auf Basis der Produktionsvereinbarungen und internationalen Rechts. Sollte er rechtlich gegen die Aktion vorgehen, könnte es aber Jahre dauern, bevor es zu einem Urteil kommt.

Schon kurz nach Beginn der russischen Invasion in der Ukraine hat Exxon angekündigt, Russland zu verlassen. Bereits nach Sanktionen infolge der Krim-Annexion 2014 hat Exxon sich aus mindestens 10 Joint Ventures zurückgezogen. Sachalin-1 war von den damaligen Sanktionen aber nicht betroffen. Im April hat Exxon Force Majeure erklärt und die Produktion des Projekts auf rund 10.000 Barrel Öl und Gas pro Tag von zuvor 220.000 Barrel reduziert. Bei Sachalin war Exxon seit den 1990er-Jahren Betriebsführer und damit verantwortlich für Sicherheits- und Umweltschutzmaßnahmen. Das Projekt wurde nicht vollständig eingestellt, auch weil es die Sachalin-Insel, eine aus Umweltsicht sensible Gegend, mit Energie versorgt. Es hat sich als schwierig erwiesen, einen Betriebsführer zu finden, der das komplexe Projekt leiten kann.

An dem Projekt ist der russische Ölkonzern Rosneft mit 20 Prozent beteiligt, auch die japanische Sodeco und die indische ONGC Videsh halten Anteile. Exxon geht davon aus, dass nun 700 seiner Mitarbeiter den Arbeitgeber wechseln.

[Указ Президента Российской Федерации от 07.10.2022 № 723 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](https://pravo.gov.ru)

-----

### **Schwieriger Rückzug aus Russland**

In Anbetracht der schwierigen Lage nach Beginn der Teilmobilisierung in Russland versuchten auch immer mehr internationale Unternehmen das Land zu verlassen, die nicht primär von den Sanktionen betroffen sind, berichtet das Handelsblatt. Doch das sei nicht leicht. Anfang September unterzeichnete Präsident Wladimir Putin einen Erlass, nach dem Unternehmen aus sogenannten unfreundlichen Staaten Geschäftsanteile an russischen Gesellschaften mit beschränkter Haftung nur noch mit Genehmigung einer russischen Regierungskommission verkaufen dürfen. Zuvor galt dies nur bei russischen Aktiengesellschaften.

Auch Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen, die in Russland agieren, sind oft als OOO – so die Kurzform der betroffenen Gesellschaftsform – organisiert. „Ohne Genehmigung beurkunden russische Notare derzeit keine Geschäftsanteilsübertragungen, aber auch keine Rückkaufoptionen“, bestätigt Tanja Galander, Rechtsanwältin und Local Partner der Kanzlei Graf von Westphalen in Berlin.

Bislang könne „kaum jemand wirklich abschätzen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Genehmigungen erteilt werden und vor allem, wann“, so die Juristin. Zwar sind Rückkaufrechte oft über mehrere Jahre vorgesehen. Doch das sei nur ein schwacher Trost: „Denn niemand weiß, wie sich die Situation entwickelt.“ Sofern sie keine Genehmigung erhielten, bleibe deutschen Unternehmen gegebenenfalls „nur eine Liquidation, wenn das Geschäft in Russland nicht fortgeführt werden soll“, erklärt Galander.

Eine Ausnahme gebe es allerdings: Kreditinstitute sind beim Erlass zu den OOs ausgenommen. Für sie gab es bereits eine gesonderte Anordnung vom 5. August 2022, die regelt, dass Beteiligungen an ihnen durch Inhaber aus unfreundlichen Staaten verboten sind. Dieser Erlass gilt vorerst für russische Kreditinstitute. Rechtliche Klarheit besteht für internationale Banken aber noch nicht, denn die betroffenen Kreditinstitute sollten gesondert aufgelistet werden, was bisher aber noch nicht erfolgt ist.

---

### **Mehr als 50 internationale Konzerne nach Kasachstan umgesiedelt**

Nach Angaben kasachischer Behörden haben mehr als 50 internationale Unternehmen ihren Sitz von Russland nach Kasachstan verlegt, seit Moskau im Februar seinen Einmarsch in der Ukraine begann. Premierminister Alikhan Smayilov sagte am 19. Oktober vor Reportern, dass weitere 56 internationale Unternehmen, die Russland in den letzten Monaten verlassen haben, „ihre Bereitschaft bekundet haben, sich in Kasachstan niederzulassen“. Präsident Qasym-Zhomart Toqayev fügte hinzu, dass die Beamten in der größten Stadt des Landes, Almaty, die umgesiedelten Unternehmen in der Nähe der Finanzhauptstadt des ölreichen zentralasiatischen Staates ansiedeln sollten. „Dies wird der Wirtschaft unseres Landes erheblich helfen. Diskutieren Sie dies mit der Regierung und den Unternehmen“, sagte Toqayev den Beamten der Stadt Almaty, wie Radio Free Europe berichtet.

[More Than 50 Multinationals Relocate From Russia To Kazakhstan Over War In Ukraine \(rferl.org\)](https://www.rferl.org)

## **5. USA**

---

### **Anklage gegen fünf Russen und Hamburger Firma wegen Sanktionsumgehung**

In den USA sind fünf Russen wegen der Umgehung von Russland-Sanktionen angeklagt worden, berichtet der Spiegel. Einer von ihnen ist Juri Orechow mit einer ihm zugeordneten Firma in Hamburg, der Nord-Deutsche Industrieanlagenbau GmbH, wie die Staatsanwaltschaft in New York mitteilte. Den Männern wird unter anderem vorgeworfen, Halbleiter und Mikroprozessoren aus den USA beschafft zu haben, die in Russland etwa für den Bau von Kampfflugzeugen, Raketensystemen und Satelliten eingesetzt werden. Die Angeklagten sollen die Technik über ein kompliziertes Konstrukt nach Russland geliefert haben, das diese im Ukrainekrieg einsetzen. Damit wären die Sanktionen umgangen worden. Im gleichen Verfahren wurden auch zwei Venezolaner wegen illegaler Ölgeschäfte angeklagt.

US-Staatsanwaltschaft Breon Peace bezeichnete die Angeklagten als »kriminelle Erfüllungsgehilfen von Oligarchen«, die mithilfe von Briefkastenfirmen und Kryptowährungen eine Vielzahl von Transaktionen abwickelten. Das US-Finanzministerium verhängte gegen Orechow und zwei seiner Unternehmen zudem Sanktionen. Orechow soll in Deutschland festgenommen worden sein.

Laut Unterlagen aus dem Handelsregister beträgt das Stammkapital der deutschen Firma 300.000 Euro. Das Unternehmen betreibe sein Geschäft mit der „Planung, Beratung und Durchführung von Industrieanlagenbau“ sowie dem „Handel, In- und Export von Waren aller Art“, heißt es in der Satzung der Firma, die 2007 gegründet wurde.

[Hamburg: Russe wegen Verstoß gegen Sanktionen angeklagt - DER SPIEGEL](#)

-----

### **Engere britisch-amerikanische Zusammenarbeit**

Die Direktoren des britischen Office of Foreign Sanctions Implementation OFSI und des amerikanischen Office of Foreign Asset Control OFAC, Giles Thomson und Andrea Gacki, haben nach Angaben des Portals europeansanctions.com die Einzelheiten einer verstärkten Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen bekannt gegeben. Diese baut auf den Zielen der Sanctions Review 2021 des US-Finanzministeriums auf und unterstützt die Weiterentwicklung des OFSI in eine „größere und proaktivere Organisation“. Laut einer Mitteilung des OFSI werden die Beamten des OFSI und des OFAC:

- den Austausch bewährter Praktiken und die Stärkung der Arbeitsbeziehungen auf allen Ebenen vorantreiben;
- Möglichkeiten identifizieren, um Fachwissen zu bündeln, kreativ über die Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, nachzudenken, Möglichkeiten zur Angleichung der Umsetzung von Sanktionen zu erkunden und die Interessengruppen entweder durch gemeinsame Produkte oder durch die Bereitstellung von aus der Zusammenarbeit resultierenden Leitlinien zu unterstützen;
- die Zusammenarbeit fortzusetzen, um Ansätze für gemeinsame Prioritäten wie Cyber-Bedrohungen und den Missbrauch virtueller Güter zu entwickeln, den Informationsaustausch zu verbessern und sicherzustellen, dass die Sanktionen des Vereinigten Königreichs und der USA den Handel und die humanitäre Hilfe nicht daran hindern, die Bedürftigen zu erreichen.

[Enhancing the US-UK Sanctions Partnership | U.S. Department of the Treasury](#)

## 6. Sanktionen weiterer Länder

---

### **Nicht-EU-Länder übernehmen Sanktionen**

Wie die EU-Kommission mitteilte, haben sich eine Reihe von Nicht-EU-Ländern den Beschlüssen zum 8. Sanktionspaket angeschlossen:

Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Ukraine, Bosnien und Herzegowina, Island, Liechtenstein und Norwegen haben alle EU-Beschlüsse übernommen. Zudem übernahm Georgien Teile der EU-Regularien.

---

### **Kanada**

#### **34 prominente Russen neu gelistet**

Kanada verhängt neue Sanktionen gegen 34 russische Schauspieler, Schriftsteller und Fernsehmoderatoren sowie gegen einen staatlichen Fernsehsender, der vom Verteidigungsministerium des Landes betrieben wird, die nach offiziellen Angaben an der Verbreitung von „Desinformation und Propaganda“ über die Invasion in der Ukraine „mitschuldig“ sind. Laut Außenministerin Melanie Joly versucht der russische Präsident Wladimir Putin seit Jahren, die territoriale Integrität der Ukraine durch staatliche Medien und Bevollmächtigte zu untergraben, die „Präsident Putins ahistorische Argumente und offenkundig falsche Rechtsansprüche nachplappern“. Russland habe auch versucht, Fakten zu verschleiern, indem es die Medienfreiheit stark einschränkte und legitime politische Meinungsverschiedenheiten ersticke, indem es Menschen inhaftierte, die den Mut hatten, sich gegen Putins Unterdrückung im Inland und seine militärische Aggression im Ausland auszusprechen, sagte Joly in einer Erklärung.

Ottawa erklärt, dass die 34 Personen und Nachrichtensender, gegen die Kanada neue Sanktionen verhängt hat, den Kreml bei der Verbreitung falscher Darstellungen unterstützt haben, die als Vorwand für Putins Krieg dienen. Diejenigen, die an der Rechtfertigung russischer Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, müssen zur Rechenschaft gezogen werden, so Joly.

[Canada imposes new sanctions on Russians spreading 'disinformation' - National | Globalnews.ca](https://www.globalnews.ca)

---

### **Kirgisistan**

#### **Kirgisische Banken meiden Russlands Mir-Karten**

Aus Angst vor internationalen Sanktionen haben drei Banken in Kirgisistan die Akzeptanz einer einst beliebten russischen Zahlungskarte eingestellt und schließen sich damit Finanzinstituten

in anderen Teilen Zentralasiens und der Welt an, berichtet Eurasianet. Die Kompanion Bank, die Bakai Bank und die Doscredobank haben angekündigt, dass sie keine Transaktionen mit Mir-Karten mehr abwickeln werden, verbreitete die Nachrichtenagentur 24.kg am 18. Oktober.

Obwohl es sich bei diesen drei Instituten um kleine Institute handelt und größere kirgisische Banken Berichten zufolge die Karten weiterhin akzeptieren, ist die Entscheidung dennoch ein Schlag für Moskau, da Banken in befreundeten Ländern sein Finanzsystem meiden.

Die kirgisischen Banken zeigten sich offensichtlich unbeeindruckt von der Aufforderung eines hochrangigen russischen Beamten, die Nutzung russischer Zahlungssysteme in Kirgisistan auszuweiten, die erst letzte Woche auf einem russisch-kirgisischen Investitionsforum ausgesprochen wurde. Mir-Karten wurden zur bevorzugten Zahlungsmethode für Russen, nachdem Visa und Mastercard ihre Netzwerke in Russland nach dem Einmarsch in die Ukraine geschlossen hatten. Aber die Karten wurden international problematisch, nachdem Wladimir Komlew, der Direktor der ausgebenden Firma NSPK, letzten Monat Ziel von US-Sanktionen wurde.

## 7. Blick über den Tellerrand

---

### **Iran-Sanktionen der EU**

Wegen des Todes der 22-jährigen Mahsa Amini und der gewaltsamen Reaktion der iranischen Sicherheitskräfte auf die darauf folgenden Proteste hat die EU am 17. Oktober elf Personen und vier Einrichtungen im Rahmen ihrer Menschenrechtssanktionen gegen den Iran sanktioniert.

[Iran: EU sanctions perpetrators of serious human rights violations - Consilium \(europa.eu\)](#)

-----

### **Weitere EU-Sanktionen gegen Iran wegen Drohnenlieferungen**

Laut Medienberichten wollen die EU-Mitgliedstaaten weitere Sanktionen gegen den Iran einführen. Die Sanktionen sollen in Kraft treten, sofern nachgewiesen wird, dass die Angriffe auf Kiew mit Drohnen aus iranischer Produktion durchgeführt wurden. Bereits wegen der anhaltenden Gewalt gegen Demonstranten im Iran hatten die Außenminister der Europäischen Union Sanktionen gegen die sogenannte Sittenpolizei und weitere Verantwortliche des Landes beschlossen. Weitere Strafmaßnahmen sollen jetzt 3 Personen und eine Organisation treffen, die für den Bau und die Lieferung iranischer Drohnen an Russland verantwortlich sind. Sie dürften mit Einreiseverboten und Vermögenssperren belegt werden. Zum Teil richten sich Strafmaßnahmen gegen sie bereits aus anderen Gründen. Die Sanktionen mussten formell noch im schriftlichen Verfahren in den Hauptstädten bestätigt werden. Dies sollte bis zum Donnerstagvormittag geschehen. Um in Kraft zu treten, müssen sie dann noch im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden.



„Wir verfolgen den Einsatz von Drohnen sehr genau. Wir sammeln Beweise und werden bereit sein, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu reagieren“, sagte der EU-Chefdiplomat Josep Borrell zu Reportern.

[Ukraine: EU sanctions three individuals and one entity in relation to the use of Iranian drones in Russian aggression - Consilium \(europa.eu\)](#)

[Drohnenlieferungen an Russland: EU warnt Iran vor weiteren Sanktionen – EURACTIV.de](#)

-----

### **US-Sanktionen gegen China – Apple verzichtet auf Geschäft**

Die USA haben Anfang Oktober breite Handelsrestriktionen für die Technologiebranche in China beschlossen, welche Hochleistungschips ebenso wie die Ausrüstung zur Herstellung von Halbleitern betreffen. Es waren die bislang härtesten Sanktionen gegen die chinesische Halbleiterindustrie. Sie verhindern weitgehend die Zusammenarbeit von US- und US-nahen Firmen mit chinesischen Herstellern und führen zu einer Abwanderung vieler Ingenieure. Das US-Handelsministerium (Department of Commerce) hat die neuen Exportkontrollen am 7. Oktober 2022 verkündet. Hier dazu die Pressemitteilung:

[2022.10.07 BIS Press Release Advanced Computing and Semiconductor Manufacturing Controls FINAL.pdf \(heise.de\)](#)

Aufgrund dessen hat das US-Technologieunternehmen Apple laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein geplantes Lieferverhältnis vorerst ausgesetzt. So sollen erst einmal keine Speicherchips von Yangtze Memory Technologies mehr in iPhones eingesetzt werden. Yangtze ist der größte Halbleiterhersteller in China und liefert laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die fortschrittlichsten Speicherchips unter allen chinesischen Herstellern. Besser seien lediglich marktführende Anbieter wie das koreanische Unternehmen Samsung oder der US-Anbieter Micron. Ein großer Vorteil der Yangtze-Chips: Sie seien mindestens 20 Prozent billiger als die der Konkurrenten.

Nach den Exportrestriktionen, welche die US-Regierung für China ausgesprochen hat, wurde der Speicherchiphersteller Yangtze auf eine Liste sogenannter „unverifizierbarer Unternehmen“ gesetzt. Steht ein Unternehmen auf dieser Liste, heißt das, dass die Regierung nicht nachvollziehen kann, wer die Produkte am Ende nutzt. Zudem sei dies eine Vorstufe zur sogenannten „schwarzen Liste“, berichtet Business Insider.

[Wegen US-Sanktionen: Apple verzichtet auf chinesische Chips - Business Insider](#)

## 8. Termine

---

### **20. Oktober 2022: „Neue Brücken bauen in schwierigen Zeiten - Chancenraum Osteuropa“**

wir freuen uns, Sie gemeinsam mit dem OstWestWirtschaftsForum (OWWF) Bayern und mit Unterstützung der EOS Holding GmbH zur Veranstaltung „Neue Brücken bauen in schwierigen Zeiten - Chancenraum Osteuropa“, Lieferketten, Rohstoffe, Partner, Logistik, einzuladen. Sie findet am 20. Oktober 2022 ab 13.30 Uhr im Münchner Landtag statt.

Anmeldeschluss ist der 13. Oktober. Da die Plätze im Landtag limitiert sind, bitten wir Sie, sich möglichst schnell zu entscheiden. Die Veranstaltung ist eine reine Präsenzveranstaltung.

Das komplette Programm finden Sie [hier](#).

Für Fragen zur Veranstaltung, zum Inhalt oder zur Anmeldung wenden Sie sich bitte an Carolin Gerhold ([c.gerhold@oa-ev.de](mailto:c.gerhold@oa-ev.de)) oder Jens Böhlmann ([j.boehlmann@oa-ev.de](mailto:j.boehlmann@oa-ev.de)).

-----

### **24. Oktober: 5. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftskonferenz**

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und die der Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer (AHK Ukraine) organisieren gemeinsam mit ukrainischen Partnerorganisationen am 24. Oktober 2022 das 5. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum. Das Forum findet von 12:00 bis 17:00 Uhr im Haus der Deutschen Wirtschaft; Breite Str. 29, 10178 Berlin, statt.

Deutsche und ukrainische Unternehmensvertreter werden einen Tag vor der G7-Expertenkonferenz gemeinsam mit wichtigen politischen Entscheidungsträgern die Einbindung der Wirtschaft beim Wiederaufbau in der Ukraine diskutieren. Wir freuen uns, dass mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem Premierminister der Ukraine, Denys Shmyhal, die Regierungschefs beider Länder das Forum eröffnen.

**Alle Teilnehmerplätze sind bereits vergeben. Es wird aber ein Live-Stream zur Veranstaltung angeboten.**

[5. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum | Berlin | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

-----

## **26. Oktober: Online-Austausch zum Thema „Recovery Ukraine: Energy & Electricity Sector“**

Im Zuge des russischen Angriffskriegs und insbesondere in den letzten Wochen wurden ca. 30 Prozent der ukrainischen zivilen und kritischen Energieinfrastruktur (Wärme- und Stromerzeugungsanlagen, Umspannwerke und Stromnetze) durch Raketen gezielt zerstört. Infolgedessen lebt ein Teil der ukrainischen Bevölkerung derzeit ohne Strom-, Wärme- und Wasserversorgung. Vor diesem Hintergrund organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft am **26. Oktober von 9:00 bis 10:30 Uhr (MEZ)** einen **Online-Austausch** zum Thema „Recovery Ukraine: Energy & Electricity Sector“ mit **Vertretern vom ukrainischen Energieministerium und -unternehmen**, zu welchem wir Sie hiermit herzlich einladen möchten.

Das Ziel dieser Veranstaltung besteht darin, deutsche Unternehmensvertreter, Experten und Multiplikatoren im Energie-Bereich und das ukrainische Energieministerium, den ukrainischen Energiekonzern DTEK sowie Energy Community zusammenzubringen, um zum einen über die aktuelle Situation und die Bedürfnisse im Energiesektor der Ukraine zu informieren, zum anderen, um über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu diskutieren. Die Arbeitssprache der Veranstaltung ist Englisch.

Gern können Sie diese Einladung an weitere interessierte Unternehmen/ Organisationen weiterleiten, eine Anmeldung ist bis zum 24. Oktober unter [www.oe-event.de](http://www.oe-event.de) mit dem Login-Code **ENERGY\_UKR\_261022** möglich.

Bei Fragen zu diesem Austausch steht Ihnen Projektmanagerin Service Desk Ukraine Alena Akulich (unter Tel: +49 30 206 167 129 und E-Mail: [A.Akulich@oe-ev.de](mailto:A.Akulich@oe-ev.de)) gern zur Verfügung.

-----

## **27. Oktober: EBA Meeting with the German Business on Reconstruction of Ukraine (12:00 – 13:30 CET)**

The European Business Association of Ukraine has launched a special Committee – Ukraine Recovery Committee – that unites companies who want to participate in the reconstruction of the country in all its manifestations. Therefore, the EBA Ukraine Recovery Committee would like to invite you for a joint meeting with the representatives of the German Eastern Business Association (OA) aimed to discuss [the recommendations and proposals from German businesses](#) for the reconstruction and modernization of the Ukrainian economy, priorities, and main risks, possible options for cooperations between companies.

Further details and registration: [The EBA Meeting with the German Business on Reconstruction of Ukraine - European Business Association](#)

-----

#### **4. November: Online-Webinar zum Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business**

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland möchten Sie **zur 7. Ausgabe** der Online-Veranstaltung via Teams zum Thema **Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Freitag, 4. November 2022, 10:00 Uhr MEZ** einladen. **Anmeldeschluss** ist Mittwoch, **2. November 2022**.

Im Rahmen des Webinars nehmen Experten auch zu Sanktionsfragen Stellung. Das Format richtet sich direkt an Unternehmen vor Ort und in Deutschland und soll vor allem dem Erfahrungsaustausch, dem praktischen Umgang mit der Situation dienen und für mehr Klarheit und Sicherheit sorgen. Die Referenten sind selbst Unternehmer und Geschäftsführer, so dass Sie Informationen aus erster Hand erhalten.

Weitere Informationen:

[Business for Business - Teil VII: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland | online | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

---

#### **24. November 2022: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik, Hamburg**

Im Rahmen unseres 70. Ost-Ausschuss-Jubiläums laden wir Sie herzlich ein nach Hamburg zur Konferenz **Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik - Rückblick und Vorschau**, 24. November 2022 von 15:00 – 18:30 Uhr, auf dem Campus der Kühne Logistics University (KLU), Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg.

Die Veranstaltung richten wir gemeinsam mit der KLU aus. Im Mittelpunkt stehen die kriegsbedingten Herausforderungen für Produzenten bzw. Verlagerer und Logistiker sowie unterschiedliche Bewältigungsstrategien im Lieferketten-Management. Es wird darüber hinaus die Frage nach den längerfristigen Perspektiven für den Wirtschaftsraum Osteuropa in einem andauernden Ukraine-Krieg bzw. nach Beendigung des Krieges diskutiert. Die Agenda finden Sie [hier](#).

Die Teilnahme ist kostenlos. Ihre verbindliche Teilnahme ist möglich unter [www.oa-event.de](http://www.oa-event.de) mit dem Code **HamburgLogistik241122**. Weitere Informationen: Dr. Martin Hoffmann, [m.hoffmann@oa-ev.de](mailto:m.hoffmann@oa-ev.de)

---

#### **1. Dezember: Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft von Ost-Ausschuss und GHA (10:00 – 11:00 CET)**

The 13<sup>th</sup> meeting of the OA/GHA Health Working Group is planned for 1 December (10:00-11:00 CET). We will inform you shortly on the agenda and event mode (hybrid/online).

You can already register here: [13th Eastern Europe & CIS Working Group Health Meeting | 1 December 2022 - GHA - German Health Alliance](#)

## 9. Tipps&Links

---

Der Ukraine-Krieg hat sich auf die Volkswirtschaften der 23 Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) bisher nicht so negativ ausgewirkt, wie zunächst angenommen, berichtet das WIIW in seiner neuen **Konjunkturprognose**. In den kommenden Monaten werde sich das aber ändern und der Trend nach unten gehen. Für Russland erwartet das WIIW 2022 nur noch einen Rückgang von 3,5 Prozent, für die Ukraine um 33 Prozent. Vasily Astrov, Ökonom und Russlandexperte am WIIW, wies darauf hin, dass alle Zahlen, die in die Institutsprognose eingegangen seien, aus der Zeit vor der Mobilmachung stammten. Diese könne sich weiter negativ auf die russische Wirtschaft auswirken. [press-release-economic-forecast-for-eastern-europe-the-worst-is-yet-to-come-german-pnd-116.pdf \(wiiw.ac.at\)](https://www.wiiw.ac.at/press-release-economic-forecast-for-eastern-europe-the-worst-is-yet-to-come-german-pnd-116.pdf)

-----

Sanktionen sind keine Erfindung aus der Zeit des Kalten Krieges, wie das neu in den USA erschienene Buch „**The Economic Weapon**“ von Nicholas Mulder deutlich macht. Zum Inhalt heißt es: „Nicholas Mulder verfolgt den Einsatz von Wirtschaftssanktionen von den Blockaden des Ersten Weltkriegs über die Überwachung von Kolonialreichen bis hin zur Konfrontation mit dem Faschismus in der Zwischenkriegszeit und stellt anhand umfangreicher Archivrecherchen eine politische, wirtschaftliche, rechtliche und militärische Geschichte dar, die zeigt, wie ein Zwangsmittel aus Kriegszeiten vom Völkerbund als Instrument zur Friedenssicherung eingesetzt wurde.“ [The Economic Weapon \(yale.edu\)](https://www.yale.edu/economic-weapon)

-----

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](https://www.make-it-in-germany.com)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](https://www.make-it-in-germany.com/gewinnung-und-beschaeftigung-von-russischen-fachkraeften) abrufbar.

**Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:**  
[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

**Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen**  
[BAFA - Russland](https://www.bafa.de/BAFA-Russland)

### **Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde**

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eu\\_833\\_2014.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo\\_eg\\_765\\_2006.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=19](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

### **GTAI-Sanktionsübersicht**

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://gtai.de)

### **AEB: Sanktionsübersicht**

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru)

### **AHK Belarus Krisenhotline**

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

-----

### **Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine**

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das DeutschUkrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

-----

### **+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++**

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

**Haftungsausschluss:**

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz  
Leiter Public Affairs  
T. +49 (0)30 206167-120  
[A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss